

# Der Maler

## Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags  
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

### Zur Abstimmung über die Invalidenunterstützung in unserem Verband.

In der Zeit vom 4. bis 16. Dezember haben unsere Mitglieder zu entscheiden, ob die infolge Unfall, durch Krankheit oder aus irgendwelchen andern Gründen nicht mehr voll erwerbsfähigen Kollegen vom Verband für die Dauer der Invalidität beziehungsweise bis zu ihrem Lebensende eine Invalidenrente bekommen sollen.

Anspruch auf diese Unterstützung erhalten nach Annahme der zur Abstimmung stehenden, in Nummer 43 des „Maler“ veröffentlichten Satzungen bei Invalidität — 66% % Erwerbsbeschränkung — infolge von Unfällen alle mindestens 8 Jahre, und bei Invalidität aus andern Ursachen alle mindestens 15 Jahre organisierten Kollegen, nach entsprechender Beitragsleistung, bis zu 24 M pro Monat. Dabei ist die Garantie gegeben, daß die für die Invalidenunterstützung eingehenden Beiträge lediglich für diesen Zweck reserviert bleiben, so daß im Laufe der Zeit, und wenn sich herausstellt, daß mehr geleistet werden kann, eine Erweiterung der Unterstützung eintritt; sei es, daß dann das Organisationsalter der anspruchsberechtigten Mitglieder herabgesetzt, die Unterstützungssätze erhöht oder die Altersunterstützung eingeführt wird.

Die Stuttgarter Generalversammlung hat die jetzt vorliegenden Satzungen gegen einige Stimmen angenommen und zum Ausdruck gebracht, daß ihre Annahme auch der gesamten Kollegenschaft zu empfehlen ist.

Unsere Invalidenunterstützung wird den Kollegen zum Bewußtsein bringen, daß ihre Berufsorganisation nicht nur die Arbeits- und Lohnverhältnisse möglichst stabil und günstig gestaltet, sondern auch einen starken Wall gegen Unternehmerwillkür, gegen soziales Unrecht und gegen die Verewigung alter kultureller und politischer Ueberlieferungen bildet. Unser Verband gewährt auch Beihilfen, abgesehen von der erst jetzt wieder verbesserten Streik- und Aussperrungsunterstützung, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, in Sterbefällen der Mitglieder, ihrer Frauen und Kinder. Und nun soll all das gekrönt werden durch eine Unterstützung der nicht mehr voll arbeitsfähigen Kollegen, damit diese nicht nur auf die stets unzulänglich bleibende staatliche Rente allein angewiesen sind, sondern sicher sein können, daß sie in vorgeschriebenen Jahren nicht dem Elend und der Armenpflege anheimfallen.

Unsere Invalidenunterstützung soll aber auch eine reale Anerkennung für dem Verband und der Arbeiterbewegung geleistete treue Dienste und ein Ansporn für die jüngeren und jüngsten Kollegen sein, frühzeitig für spätere lange Mitgliederdauer vorzusehen, damit bei kommender Invalidität — die übrigens auch schon in früheren Jahren möglich ist — die Höchtleistungen gewährt werden können.

Die Abstimmung wird zeigen, wie hoch das Solidaritätsgefühl unserer Kollegen entwickelt ist. Ob sie unseres Wahlpruches eingedenk sind, nach dem jeder einzelne für alle und alle für den einzelnen zu sorgen haben.

Bei der großen Bedeutung, die die Einführung der Invalidenunterstützung für unsere Kollegenschaft und für das weitere Gedeihen unserer im ständigen erfreulichen Aufstieg begriffenen Organisation hat, ist es Pflicht aller Mitglieder, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen und gleichzeitig mit dafür zu sorgen, daß die für die Abstimmung einzuberufenden Mitgliederversammlungen aufklärend und anregend wirken.

Nachfolgend die unsern Filialverwaltungen schon unter dem 12. November zugegangenen

#### Abstimmungsvorschriften zur Abstimmung über die Invalidenunterstützung:

1. Die Abstimmung hat vom 4. bis 16. Dezember (einschließlich) in einer hierzu von der Filialverwaltung einzuberufenden Mitgliederversammlung stattzufinden. In weiter abgelegenen Zahlstellen sind besondere Versammlungen abzuhalten. (In großen Filialen mit fest ausgebautem Bezirkssystem kann die Abstimmung auch in Bezirksversammlungen erfolgen.)
2. Die Abstimmung ist geheim. Sie erfolgt durch Stimmzettel, die von der Filialverwaltung zu liefern und mit dem Stempel der Filiale zu versehen sind.
3. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder, die am Tage der Versammlung nicht mehr als 4 Wochenbeiträge (einschließlich Erwerbslosenmarken) schuldig sind.
4. Mitglieder, die für die Einführung der Invalidenunterstützung sind, haben den Stimmzettel mit einem „Ja“, die dagegen sind, mit „Nein“ zu beschreiben.
5. Der Stimmzettel ist jedem Mitglied beim Eintritt in die Versammlung auszuhändigen. Hierbei ist das Mitgliedsbuch vorzulegen, zu kontrollieren und mit einem Vermerk zu versehen. Diese Eintragung erfolgt auf der zweiten Seite des ersten Blattes durch einen Stempel und Beifügung des Datums.
6. Jedes Mitglied darf nur einmal abstimmen.
7. Vor der Abstimmung ist eine Kommission von drei Mitgliedern zu bestimmen, die unter Hinzuziehung eines oder mehrerer Mitglieder der Filial- oder Zahlstellenleitung die Auszählung der Stimmen vornimmt und diese in das vom Vorstand zur Abstimmung gelieferte Protokoll einzutragen hat.
8. Filialen mit Zahlstellen, in denen mehrere Versammlungen stattfinden, müssen die Teilergebnisse auf besonderen, von ihnen selbst zu liefernden Formularen einholen und hierauf das Gesamtergebnis auf das offizielle Protokoll für die Gesamtfiliale eintragen. Dies geschieht durch die am Orte der Filiale gewählte Abstimmungskommission gemeinsam mit dem Filialvorstand.
9. Das Abstimmungsergebnis ist spätestens bis zum 22. Dezember an den Vorstand und auf einem weiteren Formular gleichzeitig auch an die Bezirksleitung einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

### Gewerbeförderung durch hohe Lehrlingszahlen?

In Schlesien ist zur Zeit die Frage der Festsetzung der Lehrlingshöchstzahlen im Malergewerbe hart umstritten. Bisher galten die Höchstzahlen von 1923, die nach Anhörung des Landesgewerbeamtes in Berlin vom Minister für Handel und Gewerbe auf Antrag der Breslauer Handwerkskammer genehmigt worden waren.

1 Arbeitgeber ohne Gesellen und ohne zeitliche Beschränkung	2 Lehrlinge
1 Arbeitgeber auf jeden beschäftigten Gehilfen	1 Lehrling mehr
bis zur Höchstzahl von	5 Lehrlingen.

Danach konnten also die Kleinbetriebe bis zu einer Beschäftigungszahl von 3 Gehilfen 5 Lehrlinge halten. Dies führte zu einer außerordentlichen Anschwellung der Lehrlingszahlen in den Jahren 1924 und den folgenden. Solange diese Zahlen nicht besonders durch irgendwelche Anlässe, wie Gesellenprüfungen, öffentlich in Erscheinung traten, haben sich die Innungen keine Gedanken über diese „Inflation von Arbeitskräften im Gewerbe“ gemacht. Ja, es wurde sogar in weitherziger Weise von einer Ueberfüllung der Höchstzahlen Gebrauch gemacht bei den Betrieben, die unzufrieden mit den Höchstzahlen gewesen sind. Größere Betriebe erhielten von der Breslauer Handwerkskammer ohne weiteres auf Antrag, der natürlich vom Innungsvorstand befürwortet wurde, die Genehmigung bis zu 10 Lehrlinge einstellen zu können. Diese Politik fand in Breslau zum Male in diesem Jahre ihren verderblichen Niederschlag in der Zahl der zu Gesellen freigesprochenen Lehrlingen.

Die Breslauer Maler- und Lackiererzwangsinnung hat in 3 Quartalen 170 Lehrlinge freigesprochen. In der Pro-

vinz haben sich ähnliche Zustände herausgebildet, nur ist es bisher nicht möglich gewesen, die genauen Zahlen zu erhalten.

Angeichts dieser Zustände hat nun ein Verbandstag der Schlesischen Malerinnungen zu der Frage Stellung genommen, die Höchstzahlen zu beschränken. Diese Beschränkung ist aber so vorgesehen, daß nur eine Verschiebung eintritt. Es soll den kleinen Existenzen die Möglichkeit genommen werden, gar zu viel Lehrlinge zu „züchten“. Wir müssen aber Bedenken äußern, wenn wir den Antrag des Innungsverbandes näher betrachten.

Der am 1. Dezember 1927 an die Handwerkskammer Breslau gerichtete Antrag, dem am 27. September 1928 der in Breslau tagende Obermeisterstag von 36 Innungen beigetreten ist, sieht folgendermaßen aus:

Der Meister ohne Gehilfen	1 Lehrling
nach 2 Jahren einen	2 Lehrling
bei 3 Gesellen	3 Lehrlinge
„ 6 „	4 „
„ 9 „	5 „
„ 14 „	6 „

für je weitere 5 Gesellen, einen Lehrling mehr.

Von der Handwerkskammer wurde dieser Vorschlag dem Gesellenausschuß unterbreitet, der diese Regelung für verfehlt hielt, da eine Höchstzahl nicht festgesetzt sei. Infolge des Einspruchs gegen diese beabsichtigte Regelung von seiten des ADGB und Gesellenausschusses gemeinsam mit unserer Organisation, wurde zum Ausdruck gebracht, daß diese Staffellung zu begründen sei, ihr aber ein Fehler anhafte, der ausgemerzt werden müsse. Dieser Fehler könne gutgemacht werden, wenn eine Höchstzahl von 6 Lehrlingen eingeführt würde.

Gegen dieses Schreiben erhoben die Arbeitgeber Widerspruch und glaubten ihr Verlangen auf keinerlei Beschränkung der Lehrlingshöchstzahlen im Interesse des Gewerbes und eiger von ihnen „hervorgehobenen“ und beabsichtigten Einschränkung der Lehrlingshaltung begründen zu müssen.

Die eigenartige Begründung, die auch mancherlei Wahrheiten enthält, die sonst nie so offen zugegeben werden, lassen wir folgen:

An die Handwerkskammer, Breslau 2, Blumenstr. 8.

Zu Tagebuch Nr. II 10151, betreffend Neuregelung der Lehrlingshöchstzahlen in unserm Gewerbe.

Wir können den Standpunkt des Bezirksausschusses für Schlesien des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes beziehungsweise des Gesellenausschusses der dortigen Handwerkskammer nicht teilen.

Selbst der Reichsbund des deutschen Maler- und Lackierergewerbes, der vom 16. bis 18. August dieses Jahres in Leipzig seinen 14. Malertag abhielt, ist nach eingehender Prüfung der Frage und nach mehreren Referaten in der Sache zu dem Entschluß gekommen, dahin zu wirken, daß unbedingt eine Einschränkung der Lehrlingshaltung eintreten müsse, da das Maler- und Lackierergewerbe nicht in der Lage sei, die große Zahl der vorhandenen Lehrlinge zu beschäftigen. Nach der Statistik, die der Reichsbund aufgestellt hat, stehen einer Gehilfenzahl von 40 000 Köpfen im Deutschen Reich zur Zeit 30 000 Lehrlinge gegenüber. Prozentual ist dieses Verhältnis auch in Schlesien vorhanden. Dies bedeutet eine Verelendung des an und für



sch wirtschaftlich stark ringenden Gehilfenstandes und des Selbständigen. Die Ueberzahl der Gehilfen aus diesen 30 000 Lehrlingen findet keine Beschäftigung und fällt der Erwerbslosenfürsorge und den sonstigen Reichswohlfahrtsmaßnahmen anheim. Ein großer Teil dieser erwerbslosen Gehilfen kommt notgedrungen zur Selbständigmachung, was keineswegs zum Vorteil des Handwerks gereicht. Das Muscher- und Schwarzarbeiterunwesen, das von allen Körperschaften bekämpft wird, erhält bei der Beibehaltung der bisherigen Lehrlingshöchstzahlen seinen schädlichen Zutrom.

Die Preisbildung im Handwerk, das Schmerzenskind jeden Gewerbes, kann, wenn es einem Meister ohne Gehilfen weiter erlaubt bleibt, 2 Lehrlinge zu beschäftigen, niemals gesunden. Die Lehrlinge eines solchen Meisters ohne Gehilfen sind für diesen billige Arbeitskräfte und verteilen diesen naturnotwendig zu Preisunterbietungen.

Mit der neuen Lehrlingshöchstzahl-Regelung wird keinesfalls, wie der Gesellenauschuß glaubt, Lehrlingszuchterei bei großen Betrieben hochgetrieben, im Gegenteil, zudem haben Großbetriebe wie die Firma Rumsch, Schönfelder & Hanke, Hartmann usw., mit Genehmigung der Handwerkskammer teilweise die Erlaubnis, bis zu 12 Lehrlinge zu halten. Die Firma Rumsch zum Beispiel, die durchschnittlich höchstens etwa 35 Gesellen beschäftigt, müßte nach der von uns beantragten Lehrlingshöchstzahl-Staffelung nur 8 Lehrlinge halten. Für die Bewilligung der Lehrlinge ist nicht der Gesellenstand der Saison maßgebend, sondern der des ganzen Jahres.

Durch die Bewilligung der neuen Lehrlingshöchstzahlen würde einigen großen Schädlingen des Malergewerbes die Spitze gebrochen, indem Meister ohne Gehilfen nicht mehr wie bisher zu gleicher Zeit 2 Lehrlinge annehmen dürfen.

Wir bitten und beantragen daher bei den maßgebenden Instanzen unsern Antrag vom 1. Dezember 1927 für das Maler- und Lackierergewerbe Schließens durchzusetzen, weil diese Regelung eine Notwendigkeit für das Schließere Maler- und Lackierergewerbe bedeutet.

**Der Vorstand.**

Dieses Schreiben beweist, daß die Arbeitgeber noch nichts gelernt haben, trotz Kenntnis und besonderen Hervorhebens der durch die hohe Lehrlingszahl hervorgerufenen gewerblichen Schäden, wie Verelendung des schmerzringenden Gehilfenstandes und angeblich auch der Meister, trotz der zugegebenen Tatsachen, daß die Arbeitslosenversicherung katastrophal mit ausgelerten Malern belastet wird, auch die Wohlfahrtsämter finanziell in Anspruch genommen werden, daß die Selbständigen zunehmen, daß Pfusch- und Schwarzarbeit gefördert wird, daß die Preisbildung aus diesen Ursachen krank ist, daß das gesamte Gewerbe durch die Weiterführung solcher Lehrlingspolitik vor die Hunde gebracht wird.

Nachdem sich bisher die kleinen Firmen jahrelang mit billigen Arbeitskräften versorgt hatten und munter die Preise unterboten konnten, ist jetzt der Appetit bei den „Großen“ gekommen, die für die Zukunft gern „fette Jahre“ wünschen und sich nicht darum scheren, ob das gewerbe- fördernd oder -untergrabend ist. Nichts geht doch über einen anständigen mühselosen Verdienst.

Nach weiteren Verhandlungen bei der Handwerkskammer wurde den Arbeitgebern von einem Löffelmeister der Vorschlag gemacht, sich mit einer Höchstzahl von zehn Lehrlingen zu begnügen. Dieser Vorschlag wurde akzeptiert und nochmals dem Gesellenauschuß unterbreitet, mit der Aufforderung dem zuzustimmen. In diesem Vorschlag nahm er auch im Verein mit der Organisation noch einmal Stellung. Wenn wir auch wissen, daß man über unser Gewerbe keine Abiperrung in ganz eng begrenzter Form verhängen könne, waren wir uns darüber aber einig, daß die Höchstzahl zehn zu weitgehend ist.

In einem nochmaligen Schreiben an die Handwerkskammer ließen wir erkennen, daß wir mit einer Höchstzahl von acht Lehrlingen einverstanden sein würden, trotz der auch bei dieser Zahl noch bestehenden Bedenken. In diesem Vorschlag müßten die Arbeitgeber noch einmal Stellung nehmen. Wenn es ihnen ernst ist mit den Sorgen um die Zukunft des Malergewerbes werden sie ihre Zustimmung geben müssen, sonst müßte das Landesgewerbeamt entscheiden.

**Zum Werftarbeiterstreik.**

Seit dem 1. Oktober, also volle zwei Monate, befinden sich rund 50 000 Arbeiter, die auf den deutschen Seeschiffswerften beschäftigt waren, im Lohnkampf, weil der vom Hamburger Schlichter gefällte Schlichtspruch von beiden Seiten abgelehnt wurde.

In zahlreichen Familien ist das bereits bestehende Elend noch vergrößert, ganz besonders bei denjenigen, die aus irgendeinem Grunde ihrer Berufsorganisation den Rücken kehrtren und somit keinerlei Unterstützung erhalten. Weil im Malergewerbe gegenwärtig eine große Zahl der Kollegen arbeitslos ist, bietet sich für unsere am Kampf beteiligten Berufskollegen keinerlei Möglichkeit, jetzt anderweitig Beschäftigung zu finden. Trotzdem stehen sie wie auch die übrigen Werftarbeiter geschlossen und zuverlässig in Reih und Glied, wissen sie doch aus alter Erfahrung, daß die Kämpfe auf den Seeschiffswerften schwere und langandauernde sind. Zur Führung von Kämpfen war ja den Werftgewaltigen bisher noch keine Summe zu hoch.

Von den größeren Neubauten sollen die Schiffe „Bremen“ und „Europa“ zu einem bestimmten Termin geliefert werden. Schon heute sind für deren erste Fahrt sämtliche Fahrkarten verkauft. Dieser Lieferungsstermin ist nicht mehr einzuhalten. Ob die Reedereien diese Verluste tragen, sei dahingestellt. Das einkommlichste Geschäft für die Werften beruht auf der Reparaturarbeit. Auch diese Arbeiten läßt man jetzt lieber ins Ausland gehen, als den Wünschen der Belegschaft entgegenzukommen. All diese Millionen Verluste tragen die Unternehmer anscheinend weit lieber, als daß sie die Einkommensverhältnisse ihrer eigenen Arbeiter etwas günstiger gestalten. Damit nun die Öffentlichkeit nicht etwa ihre Sympathie den streikenden Arbeitern zuwendet, erscheinen fortgesetzt in der bürgerlichen Presse von den Unternehmern inspierte Berichte, durch die man nachzuweisen versucht, daß die Werftbesitzer beim besten Willen keine weitere Lohnerhöhung tragen können, weil sie schon heute dem Ausland gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig seien. Man prunkt auch mit den Verdiensten einzelner Arbeiter, um zu beweisen, daß die Verdienste der Werftarbeiter bei weitem nicht so ungünstig sind, wie man anzunehmen glaubt. Dies alles geschieht zu dem Zweck, um die geschlossene Front der Streikenden ins Wanken zu bringen. In diesem Bestreben werden die Unternehmer von der kommunistischen Presse recht kräftig unterstützt, die sich dabei das Unglaublicke leistet. Man darf aber als bestimmt annehmen, daß beide die Erfüllung ihrer Wünsche werden aufgeben müssen; denn die Streikenden wissen nur zu genau, worum sich dieser Kampf dreht. Arbeitszeit, Lohn, Urlaub, das sind die Fragen, die dringender einer Verbesserung bedürfen. Es ist deshalb ganz absurd, wenn die Werftunternehmer der Öffentlichkeit glauben zu machen versuchen, daß der parteipolitische Streik innerhalb der Arbeiterschaft die Haupttriebfeder für diesen Kampf sei. Mit weit größerer Berechtigung könnte man demgegenüber behaupten, daß der Kampf von den maßgebenden Unternehmern schon deshalb gewollt ist, um die kleineren Werftbetriebe vom Erdboden verschwinden zu lassen. Ob die Norddeutsche Gruppe — Seeschiffswerften — diesmal so geschlossen aus dem Kampf hervorgehen wird, wie sie ihn heraufbeschworen hat, das wird sich vielleicht noch vor Beendigung dieses Kampfes entscheiden. Das Bedauerliche ist nur, daß solche Interessenkämpfe der Unternehmer auf dem Rücken der Arbeiter sich vollziehen. Bevor dieser Kampf, der gleichzeitig ein Kampf der beteiligten Banken ist, nicht ausgetragen ist, dürfte es schwerlich zu Verhandlungen zwischen den beteiligten Unternehmern und Arbeitern über die Beilegung der vorliegenden Differenzen kommen.

**Aus unserm Beruf**

Gera. Am Sonntag, 11. November, veranstaltete unsere Filiale in ihrem Vereinslokal aus Anlaß ihres 43jährigen Bestehens einen geselligen Abend, verbunden mit einer Ehrung zweier Jubilare. Erfreulicherweise hatte sich eine stattliche Zahl von Kollegen mit ihren Frauen eingefunden, um der kollegialen Veranstaltung das richtige Gepräge zu geben. Der Vorsitzende, Kollege Kirsch, streifte in kurzen Zügen den Entwicklungsgang der Organisations-

bewegung im Malergewerbe am Orte. Er betonte, daß in dieser Zeit manche Kämpfe durchgeschlagen werden müßten, um unsere Filiale wieder auf die jetzige Höhe zu bringen. Doppelt erfreulich sei es, daß an diesem Abend zwei Kollegen als Verbandsjubilare geehrt werden können, der Kollege Paul Liebschwager und Kollege Albert Kästner, letzterer konnte leider nicht anwesend sein, da er sich in der Lungenheilstätte Trusee befindet. Möge er recht bald die gesuchte Heilung finden. Beide Kollegen gehören dem Verband 27 beziehungsweise 28 Jahre ununterbrochen an und haben ihr Bestes getan für die Interessen der Kollegenschaft. Allen andern Kollegen sei ans Herz gelegt, ebenso wie die beiden Jubilare für den Verband zu arbeiten; denn wir sind noch lange nicht am Ziel. Bezirksleiter Kollege Wöhl, Leipzig, wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß er wie auch der Verbandsvorsitzende, mit besonderem Interesse die wachsende Aufwärtsbewegung in Gera verfolgt haben. Dies sei das erfreulichste Resultat einer Verwaltung, die die ihr gestellte Aufgabe vollständig erfüllt hat und auch zu lösen versteht. Deshalb den beiden Jubilaren und der Filiale Gera die besten Glückwünsche für weitere Erfolge in unserer Bewegung. Von der Greizer Filiale überbrachte Kollege Schreiber die Grüße der dortigen Kollegen mit dem Wunsche, daß das gute Einvernehmen, das selber zwischen den beiden Filialen bestand, immer festere Formen annimmt. Der weitere Teil des Abends wurde ausgefüllt von ernstem und helleren Vorträgen einzelner Kollegen. So verlief der Abend allen Anwesenden in der angenehmsten Weise. Und nun Kollegen! Ermüdet nicht im Kampf um unsere Interessen! Arbeitet unaufhörlich für unsere Bewegung, der letzte Kollege muß für uns gewonnen werden!

München. Am Dienstag, 13. November, veranstaltete unsere Filialverwaltung im Saale des Gewerkschaftshauses einen Abschiedsabend für den scheidenden Kollegen, Bezirksleiter Hans Wagh. Der Saal war festlich mit Tieren und Blumen ausgestattet. Kollege Wagh selbst in den nächsten Tagen als Hauptvorstand des Verbandes, wozu er auf der im Oktober in Stuttgart stattgefundenen Generalversammlung berufen wurde, nach Hamburg über. Geschäftsführer Wöhl zeichnete ein Bild von der Tätigkeit des Scheidenden in der Filiale München und im Verbandsbezirk Bayern. Großes Können, hingebende Tätigkeit und zielbewusste Führung brachten große Erfolge und allgemeine Fortschritte. Er übergab dem Kollegen Wagh unter allgemeinem Beifall eine Mappe mit künstlerisch ausgeführter Urkunde, die den Dank der Filiale München und der Bezirksleitung sowie die besten Wünsche für seine fernere Tätigkeit als Verbandsvorsitzender zum Ausdruck bringt. Genosse Schiefer widmete dem Scheidenden im Namen des AOB, Ortsauschuß München, anerkennende Worte, und sprach den Wunsch aus, daß Kollege Wagh auch auf seinem neuen verantwortungsvollen Posten München und Bayern im guten Gedenken behalte. Kollege Wagh dankte für die Ehrung und versprach, auch in seinem neuen Amte alles zu tun, um den Einfluß der Organisation zu stärken zum Wohle der Kollegenschaft. Kollege König erhielt für seine hervorragend gespielten Jitter-Soli und das Spiel mit Fr. Piel Niedermeyer für Jitter und Gitarre lebhaften Beifall. Paul Kästner sorgte für guten Humor. Eine Abteilung der Reichsbanner-Kapelle spielte ausgezeichnete Streichmusik. Dieser gelungene, auf künstlerischer Höhe stehende Abend wird allen Teilnehmern lange im Gedächtnis bleiben.

**Gewerkschaftliches**

Großzügige Hilfsaktion. Zwischen den Konsumvereinen Rheinland-Westfalens und dem Deutschen Metallarbeiterverband wurde folgende Vereinbarung getroffen:

1. Während der Ausperrung in der Eisen- und Stahlindustrie wird zwischen den Konsumvereinen in Düsseldorf, Essen, Bochum und Dortmund ein Ausschuß gebildet, dem die Organisation der Versorgung mit Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln aller Art an die ausgesperrten Arbeiter obliegt. Dieser Ausschuß besteht aus je 5 Mitgliedern und hat die Verpflichtung, die gesamten einschlägigen Fragen zu behandeln, auch evtl. Beschwerden entgegenzunehmen und zu erledigen. 2. Die Gewerk-

**Die Deutsche Automobilindustrie und die Internationale Automobil Ausstellung 1928.**

Erstmalig nach dem Kriege, nach 17jähriger Unterbrechung, hatte auch Deutschland in den Tagen vom 8. bis 18. November in Berlin wieder eine internationale Automobil Ausstellung. In den Jahren zuvor, 1925 und 1926, hatte man sich darauf beschränkt, nur deutsche Fabrikate zu zeigen. Die Erzeugnisse der deutschen Autoindustrie waren ja vom Weltmarkt so gut wie ausgeschlossen, da sie infolge der technischen Rückständigkeit Deutschlands in jenen Jahren dem Auslandsfabrikat gegenüber weder nach Preis, noch nach Qualität als gleichwertig angesehen werden konnten. Der Ueberflchwemmung Deutschlands mit Auslandswagen und damit dem völligen Ruin der deutschen Autoindustrie konnte nur durch zeitweilig zu errichtende hohe Zollmauern entgegengewirkt werden. Es ist anzuerkennen, daß die deutsche Autoindustrie die ihr gewährte Atempause sehr gut zur Reorganisation der Betriebe, zur technischen Vervollkommnung benutzt hat, und, wie uns die letzte Ausstellung zeigte, in ihrer Leistungsfähigkeit der ausländischen nicht mehr viel nachsteht. Man hat deshalb, ohne Schaden für die eigene Industrie fürchten zu müssen, das Ereignis einer internationalen Schau unternehmen können.

Als deutsche Automobilfabriken von Ruf und Bedeutung läßt man nur 22 Firmen gelten. Wenn dennoch mehr als 1000 Stände zu zählen waren, so deshalb, weil von den 300 inländischen und 30 ausländischen Firmen die große Mehrzahl Angehörige der sogenannten Zubringerindustrien waren. So begrüßenswert es ist, alle für den Autobau in Frage kommenden Erzeugnisse zu sehen, so schien uns der Reiz der Ausstellung doch reichlich weit gezogen, da die

Fülle des Dargebotenen kaum das einzelne werten ließ, was nicht nur vom Standpunkt des Ausstellers aus betrachtet wenig wünschenswert erscheint, sondern den schließlichen Zweck der Ausstellung überhaupt in Frage stellen kann. Die stark einseitige Normung und Typisierung wird aber in der Zukunft auch nicht ohne Wirkung auf den Charakter der Ausstellungen bleiben.

Das Gesamtbild der Personwagen schau führt zu der Erkenntnis, daß sich ganz folgerichtig das Automobil von einem ehemaligen Sport- und Luxuswagen immer mehr zu einem Gebrauchsfahrzeug entwickelt. Während früher die Personwagen bis zu 90% dem Sport dienten, ist das Verhältnis heute beinahe umgekehrt. Die durch die Verhältnisse der Nachkriegszeit besonders stark beförberte Hervorkehrung der Wirtschaftlichkeit hat zum wesentlichsten dazu beigetragen. Die letzte Autoschau war daher vornehmlich eine Schau der wirtschaftlichen Gebrauchswagen. Eines Wagens also, der für 4000 bis 8000 M zu haben ist, und bei dem es weniger auf Repräsentation und luxuriöse Ausstattung, als vielmehr auf Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit im Gebrauch ankommt. Die Stände dieser Wagen fanden begreiflicherweise das größte Interesse, während die Sportmodelle für 40 000 bis 60 000 M nur vorübergehende Sensation erregten. Aber auch der sogenannte Kleinwagen, der uns aus den letzten Jahren als sehr anspruchsvoller offener Zweiflügel kleinsten Ausmaßes bekannt ist, spielte auf dieser Ausstellung keine Rolle mehr. Nur noch die Dixierwerke waren mit einem Kleinwagen für ungefähr 3000 M vertreten. Eine Zukunft dürfte dieser Wagen aber kaum haben. Anders ist es mit dem in ganz neuer Form erscheinenden Hanomag, der als dreiflügeliges Kabriolett für 2800 M sehr preiswert ist und auch starkes Interesse fand. Als bekannter guter Kleinwagen war auch der 4/16 von den Opelwerken vertreten. Aber der Jahresbericht des

Reichsverbandes der deutschen Automobilindustrie weist schon darauf hin, daß die Produktionssteigerung des Jahres 1927 nicht allein auf die vermehrte Nachfrage nach kleinen Wagen, sondern vornehmlich auf die der mittleren Größe zurückzuführen ist. Betrug doch 1927 neben der Produktionsmenge von 50 600 kleinen Wagen die der mittleren Größen schon 21 100 Stück, während sie 1926 kaum 1800 erreichte. Dem Automobilkonsumenten scheinen demnach die Erfahrungen bewiesen zu haben, daß für den dauernden Gebrauch der Kleinwagen doch den Anforderungen nicht gewachsen und im Verhältnis zu seinem Gebrauchswert doch zu teuer ist. Allem Anschein nach wird der vierflügelige geschlossene Personwagen allen andern den Rang ablaufen. Opel, die Adlerwerke und Brennabor haben sich um die Vervollkommnung gerade Wagen dieser Klasse zum Preise von 4000 bis 5000 M besonders verdient gemacht. Von ausländischen Firmen hatten in gleicher Preislage Fiat, Ford, Praga und Chevrolet Wagen ausgestellt.

Ueber die Auswirkungen der mit Erfolg durchgeführten Reorganisation der Autoindustrie gibt die Preisgestaltung der letzten Jahre sehr lehrreichen Aufschluß. Wenn wir den Automobildurchschnittspreis des Jahres 1914 gleich 100 stellen, so zeigt sich, daß 1924, als das Ausland schon ganz erhebliche Preisenkungen vorgenommen hatte, der deutsche Wagen mit 114,4 noch höher im Preis stand als 1914. Erst mit dem Jahre 1925, dem Jahr der planmäßig einsetzenden Rationalisierung, beginnt der Abbau, wenn auch mit 99,4% erst sehr zaghaft. 1926 war der Preis schon auf 78,3 gesunken, um 1927 dann der bisher tiefsten Stand von 67,7% zu erreichen. Damit ist der Anstieg an die Weltmarktpreise beinahe erreicht und einer der wichtigsten Gründe, die zum Kauf von Auslandswagen veranlaßten, ausgeschaltet. Es ist noch gar nicht so sehr lange her, daß ein technisch gut ausgestatteter amerikanischer Wagen trotz des



schaften bezahlen während der Ausperrung bis zur Hälfte der Unterstüfung nicht in barem Geld, sondern in Gutscheinen aus, jeweils lautend auf den zuständigen Konsumverein. Diese Gutscheine werden den Mitgliedern bei der Auszahlung der Unterstüfung in Abzug gebracht. Die Inhaber dieser Gutscheine müssen für den auf demselben angegebenen Betrag in den Verteilungsstellen der Konsumvereine entsprechende Waren entnehmen. Die Ortverwaltungen der Organisationen rechnen wöchentlich mit der Leistung des zuständigen Konsumvereins ab und führen das Geld für diese Gutscheine direkt dem Konsumvereine zu. Die Konsumvereine gewähren all denjenigen, die derartige Gutscheine bei der Auszahlung der Unterstüfung in Empfang nehmen, außerdem Waren in Höhe von 10 % der Gutscheine unentgeltlich. 4. Ausgesperrte Arbeiter, die nicht Mitglied der Konsumvereine sind, können sofort Mitglied derselben werden. Das Eintrittsgeld wird solchen neuen Mitgliedern gestundet.

Dieses Vorkommen beweist, wie eng die Gewerkschaften und die Konsumvereine namentlich in gefährlichen Stunden verbunden sind. Zum Wohle der ausgesperrten verbinden sie sich zu einer planvollen Versorgung der Mitglieder mit den notwendigsten Lebensmitteln und Bedarfsartikeln. Die Schlussfolgerung daraus kann nicht schwer sein. Alle Gewerkschaftler gehören in die Konsumgenossenschaften.

**Genossenschaftliches**

Die Konsumgenossenschaften verhindern private Lebensmittelmonopole. Es wird von der Bevölkerung viel zu wenig gewürdigt, welche Bedeutung den Konsumgenossenschaften durch die Regulierung der Warenpreise zukommt, die volkswirtschaftlich noch weit mehr bedeutet als das wirtschaftliche Ergebnis, das den Mitgliedern direkt zufließt. Hat doch schon in den Vorkriegsjahren einmal das statistische Amt der Stadt Stuttgart festgestellt, daß der Konsumverein durch die Aufrechterhaltung der alten Brotpreise bei festgelegten Mehlpreisen der Stadtbevölkerung im allgemeinen in wenigen Monaten mindestens 500 000 M erspart habe, weil die Bäcker die Preise ebenfalls nicht erhöhen konnten. Und die vor kurzem erfolgten Reduzierungen der Brotpreise bei der Konsumgenossenschaft Berlin ergaben eine Differenz von eineinhalb Millionen Mark gegenüber denen der Privatbäckereien. Im Jahre 1927 betrug die konsumgenossenschaftliche Bäckereiproduktion rund 170 bis 180 Millionen Mark. Da nicht nur die Brotpreise niedriger sind, sondern auch die Privatbäckereien durch die Konkurrenz der Konsumgenossenschaften verdrängt sind, noch höhere Preise zu nehmen, so ergibt sich zugunsten der Gesamtbevölkerung an den Plätzen, wo Konsumgenossenschaften oder ihre Verteilungsstellen vorhanden sind, eine Regulierung der Warenpreise in Höhe von mindestens 100 Millionen Mark im Jahre. Ein volkswirtschaftlicher Takteffekt, der, wie schon bemerkt, viel zu wenig gewürdigt wird. Was die Bevölkerung auch in Deutschland zu erwarten hätte, wenn keine leistungsfähigen konsumgenossenschaftlichen Bäckereien vorhanden wären, die jeder kapitalistischen Brotfabrik die Spitze bieten können, zeigt eine Untersuchung durch das amerikanische Handelsministerium über die Verdrängung der Mühlen- und Bäckerei-Industrie. Von der Produktion sämtlicher Bäckereien wird ein Fünftel von drei großen Unternehmungen, die zusammen 150 Großbäckereien beinhalten, „kontrolliert“. Diese drei Unternehmungen bilden zusammen einen Trust. Neben diesem „Dreiecksyndikat“ existiert eine Gruppe, die über 30 Bäckereien „kontrolliert“. 75 Gesellschaften stellen ein Drittel des Gesamtumsatzes her. Das Handelsministerium hat weiter festgestellt, daß die Kapitalanlagen der großen Bäckereien während der letzten 15 Jahre 1100 % ihrer ursprünglichen investierten Kapital als Gewinn zurückbekommen haben! Interessant ist weiter die prozentuale Verteilung des Verkaufspreises auf die einzelnen Produktionsfaktoren: Vom Verkaufspreis für ein Pfund Brot (zirka 32 ¢) fallen auf den Getreideproduzenten 4,2 ¢ (13,2 %), auf die Mühlenindustrie 1,5 ¢ (5 %), auf den Bäckereitruß 19 ¢ (60 %), auf verschiedene Transporte 2,2 ¢ (6,5 %). Dieser enorme Kapitalgewinn, den die amerikanischen Brotfesser aufzubringen haben, ist die Prämie dafür, daß es in Amerika

**Dem Kollegen Otto Streine zum Abschied!**

Aus den Berichten von der Generalversammlung in Stuttgart ist der Kollegenchaft bekannt, daß Kollege Streine sein Amt als Verbandsvorsitzender aufgibt, um eine leitende Stellung in der „Volkswirtschaft“ zu übernehmen. Da er seinen neuen Posten am 1. Dezember antritt, benutzen wir die Gelegenheit, nochmals kurz die Tätigkeit des Kollegen Streine in unserer Organisation zu würdigen. Wenn ein Kollege ein Menschenalter auf exponiertem Posten in der Arbeiterbewegung gestanden hat und das in ihm gesetzte Vertrauen in vollem Maße rechtfertigt, dann ist es Dankspflicht, dies bei seinem Abgang nochmals hervorzuheben. Die Verdienste unseres bisherigen Vorsitzenden um den Verband wurden an dieser Stelle anlässlich seines 25jährigen Jubiläums als Angestellter allgemein gewürdigt. Was wir an ihm besonders schätzen und dem Verband so sehr zugute kam, ist seine schier unverwundliche Arbeitskraft, seine Ruhe und Sicherheit als Wortführer bei Lohn- und Tarifverhandlungen wie als Leiter unserer Verbandsgeneralversammlungen. Wir brauchen nur an die Verbandstage in Würzburg, Frankfurt und Jena und an die außerordentlich schwierigen Lohnverhandlungen während der Inflationszeit zu erinnern, um zu erkennen, welchen Einfluß seine Persönlichkeit in kritischen Verhältnissen hatte.

Die vielen neuen Aufgaben, die in der Nachkriegszeit in die Verbandsaktivität mit einbezogen wurden, fanden in Streine einen Wegbereiter und verständnisvollen Förderer. Sein Wirken hat sehr viel zu dem Ansehen beigetragen, das unser Verband heute im In- und Auslande genießt, und zwar nicht nur innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Sein stets vermittelndes Wesen war die Grundlage für das kollegiale Zusammenarbeiten, das unsere Hauptverwaltung auszeichnet und bis in die entfernteste Filiale zu verspüren ist. Wir scheiden also nur ungern von unserem Kollegen Streine, verstehen es aber, wenn ein so bedeutendes Unternehmen, wie es die „Volkswirtschaft“ ist, sich eine zuverlässige Persönlichkeit sichert, denn schließlich ist auch sie ein Teil unserer allumfassenden großen Arbeiterbewegung.

Möge Kollege Streine in seinem neuen Wirkungskreis vollen Erfolg und höchste Befriedigung finden. Das wünschen wir ihm von Herzen.

fast keine Konsumgenossenschaften gibt und noch viel weniger konsumgenossenschaftliche Bäckereien. Wenn man beachtet, daß das amerikanische Kapital bestrebt ist, die größten Gewinne an den unentbehrlichen Waren zu erzielen, so wird es klar, warum gerade in der Lebensmittelversorgung mächtige Syndikatsgruppen bestehen, die jede erst aufkommende Konkurrenz ganz einfach niederbrennen. Die Sache wäre auch für Deutschland ernst, wenn nicht die großen Konsumbäckereien beständen; denn der amerikanische Dollar rollt in Millionen in Deutschland, und eifrig sind amerikanische „Gesellschaften“ bestrebt, mit amerikanischen Geschäftsmethoden deutsche Wirtschaft an sich zu reißen. Die kleinen Bäckereimeister, deren kurzfristige Führer nicht genug über die Konsumgenossenschaften zu lamentieren wissen, würden dann erst ihre Ohnmacht gegen einen Bäckereitruß gewahr, der in Deutschland nur aus sich selbst ist, weil modernste Konsumbäckereien vorhanden sind. Aber die Verbraucher vor allem werden aus der Tatsache, daß Lebensmittelmonopole nur da entstehen, wo so gut wie keine Konsumgenossenschaften vorhanden sind, die einfache Lehre ziehen, daß die Konsumgenossenschaften eine segensreiche volkswirtschaftliche Einrichtung sind. Und sie werden sich ihre Förderung, insbesondere der Konsumbäckereien, noch mehr als jeher angeeignet lassen, um zu verhindern, daß auf ihre Kosten so enorme Kapitalgewinne gemacht werden.

Aufstieg eines Arbeiterunternehmens. Die Volkswirtschaft, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft, die in allen Teilen Deutschlands Rechnungsstellen unterhält und in sämtlichen größeren Orten vertreten ist, konnte im Oktober dieses Jahres in bezug auf ihren Antragseingang das bisher beste Resultat erzielen, kamen doch in diesem Monat nahezu 55 000 Versicherungsanträge herein. In den 10 Monaten des Jahres 1928 sind insgesamt 452 507 Anträge zur Volks- und Lebensversicherung mit 206 Millionen Mark Versicherungssumme gestellt worden.

**Sozialpolitisches**

Konjunkturstabilisierung durch Verteilen der Lohnzahlungstermine. Ein sehr großer Teil des Volkseinkommens wird durch den Warenhandel und Geldverkehr aufgelöst. Der Einzelhandel soll nach den Berechnungen von Professor Hirsch einen Unkostenfuß von jährlich 10 Milliarden Mark verursachen bei 32 Milliarden Mark Gesamtumsatz. Hirsch hat letzthin einen Vorschlag gemacht, zur Ausgleichung der Beschäftigungsschwankungen im Warenhandel und Geldverkehr die Zahlungstermine der Löhne und Gehälter über die Woche beziehungsweise über den Monat hin zu verteilen. Dadurch soll eine Ersparnis von zwei Milliarden Mark zu erzielen sein. Die Industrie- und Handelskammer in Frankfurt am Main hat nun zu dieser Frage Gutachten eingeholt, wovon besonders dasjenige der Bauindustrie sehr aufschlußreich ist. Das Baugewerbe hält es für ausgeschlossen, die Lohnzahlungen über die ganze Woche zu verteilen. Das Gesamteinkommen

der Lohn- und Gehaltsträger bis zu einem Monatsgehalt von 500 M wird in dem Gutachten auf 84 Milliarden Mark geschätzt. Diese Summe wird dem Verbrauch ungefähr folgendermaßen zugeführt:

Nahrungs- und Genussmittel	17,4 Milliarden
Wohnungsmiete	2,9 „
Bekleidung und Schuhe	5,7 „
Hausrat und Möbel	1,5 „
Diverses (Steuern, Versicherungen, Heizung, Beleuchtung usw.)	6,5 „
<b>34,0 Milliarden</b>	

Auf Grund dieser Einteilung der Ausgaben wird in dem Gutachten näher ausgeführt, daß die Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel fast regelmäßig über die ganze Woche beziehungsweise den ganzen Monat erfolgen. Die Zahlung der Wohnungsmieten erfolgt ebenfalls an einem bestimmten Termin. Auch bei den Ausgaben für Bekleidung und Schuhe erscheint eine Befestigung der Beschäftigungsschwankungen in den Handelsbetrieben nur verschwindend erreichbar. Da die Beschaffung von Bekleidungsgegenständen, Möbeln usw. eine große Ausgabe für Arbeiter und Angestellte bedeutet, müssen Wochen und Monate hindurch Rücklagen gemacht werden, um zur Zeit des dringenden Bedarfs den Einkauf vornehmen zu können. Also auch hier kann eine Befestigung der Schwankungen kaum herbeigeführt werden. So sehr auch das Masseneinkommen zur Stabilisierung der Konjunktur herangezogen werden muß, so besteht doch in diesem Falle sehr wenig Möglichkeit dazu.

9 Milliarden Mark jährlicher Zuwachs an Bauwerken. In der Beilage „Bauen und Wirtschaft“ zur „Deutschen Tonindustrie-Zeitung“ wurde kürzlich eine Statistik von Professor J. Hirsch über den Zuwachs der Bauwerke veröffentlicht. Danach wurden in Deutschland 1927 für Bauwerke folgende Summen ausgegeben: Wohngebäude 3 Milliarden, Reparaturen, Unterhalt usw. 1 Milliarde, Landstraßenneubau 0,3 Milliarden, Landstraßenunterhaltung 0,8 Milliarden, gewerbliche und öffentliche Gebäude, Tiefbau 4,1 Milliarden, insgesamt 9 Milliarden Mark. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, welche überragende Rolle das Baugewerbe in der Volkswirtschaft spielt.

Die Gewöhnung an die Fließarbeit. Es ist leider nicht möglich, einen genauen Ueberblick darüber zu gewinnen, wie die Fließarbeit bereits in Deutschland zur Anwendung gekommen ist. In den Jahresberichten der Berliner Gewerbeaufsichtsbeamten für 1927 wird betont, daß bei der Beschäftigungstätigkeit der Arbeit in rationalisierten Betrieben besondere Beachtung geschenkt wurde. Dabei wurde festgestellt, daß in Berlin Handarbeit mit zeitlicher Bindung der einzelnen Arbeitsstufen in 27 Betrieben ausgeführt wird. Von den in diesen Betrieben beschäftigten 35 000 Arbeitern arbeiten 8500 am laufenden Band. Im wesentlichen kommen bei der Fließarbeit folgende Beschäftigungsarten in Frage: Chassis- und Karosseriemontage in Automobilfabriken, Zusammenbau von elektrischen Zählern, Weichhaltern, Telephon-, Radio- und ähnlichen Apparaten, Motoren-, Vergaser- und Staubsaugermontage, Glühlampenherstellung, Zellarbeiten der Schokoladen- und Pralinenherstellung, Herstellung von Damenluxusschuhen usw. Nach der Feststellung der Berliner Gewerbeaufsichtsbeamten ist der Arbeiterschaft mit wenigen Ausnahmen die Einfügung ihrer bisherigen Einzelarbeit in dem Fließ- oder Bandprozeß angenehm gewesen. Nur wenige Arbeiter haben die Handarbeit freiwillig aufgegeben, weil sie sich an die Zeitbindung nicht gewöhnen konnten. Auch gesundheitlich nachteilige Folgen der Handarbeit sind von den Gewerbeaufsichtsbeamten nicht beobachtet worden.

Increasinge Arbeitslosigkeit. Auf dem Arbeitsmarkt macht sich die Abwärtsentwicklung der Wirtschaftslage stärker bemerkbar. In der Zeit vom 15. bis 31. Oktober stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von 593 000 auf 671 000, gleich 77 400 oder um 13 %. Auch diesmal war die Zunahme bei den männlichen Arbeitslosen wesentlich größer als bei den weiblichen. In der Arbeitslosenversicherung ist in der gleichen Zeit eine Steigerung der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 89 700 auf 98 000 oder um 9,3 % festzustellen. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat in der zweiten Oktoberhälfte einen ziemlich Sprung gemacht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verschlechterung in der gleichen Weise sich fortsetzt. Dabei muß aber betont werden, daß auch diesmal krisenhafte Momente nur gering in Erscheinung traten, die Arbeitsmarktverschlechterung in der Hauptsache saisonmäßig bedingt ist.

**Polizei und Gerichte**

Münster. In der Nummer 12 des „Maler“ von diesem Jahre wurden schon einige Streiffälle zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschildert, die darauf schließen lassen, daß man es bei den Arbeitgebern in Münster teilweise mit wenig angenehmen Mitmenschen zu tun hat. Übertretungen der Bestimmungen des abgeschlossenen Tarifvertrages sind nicht selten. Eine besondere Zierde der Meister scheint der Anstreichermeister Bernhard W. zu sein, der nach uns gewordenen Mitteilungen bei der Kriminalpolizei eine Anzeige gegen den bei ihm beschäftigt gewesenen Kollegen K. A. erstattete. Er hat darin, gegen A. geeignete Schritte zu unternehmen, da er eine Bescheinigung über die Beschäftigung in seinem Geschäft gefälscht habe, um die Zahlung einer Erwerbslosenunterstützung zu erreichen. Die Polizei untersuchte die Angelegenheit und sandte den fraglichen Schein dem Schriftführer der Arbeitsbeschleunigung zu. Nun wurde der Spieß umgedreht, und der anzeigende Meister kam auf die Anklagebank vor das Schöffengericht in Münster. Bei der Festsetzung des Strafmaßes berücksichtigte der Staatsanwalt die acht Vorstrafen des Angeklagten und beantragte ein halbes Jahr Gefängnis. Das Motiv sah das Gericht in Wut und Ärger über die Unbequemlichkeiten, die ihm der Entlassene durch Klage beim Amtsgericht herbeiführte. W. hatte nämlich



dem Kollegen versprochen, ihn den Winter über zu beschäftigen, aber schon nach acht Tagen, und nachdem er davon auf Vorhalten des Kollegen Abstand nehmen mußte, nach drei Wochen ohne jeden Grund die Entlassung vorgenommen, wogegen sich Kollege U. mit Recht wehrte. Neben der Veröffentlichung des Urteils erkannte das Gericht auf eine Strafe von zwei Monaten Gefängnis.

Mit einer Klage gegen den Malermeister B. A. mußte sich der Ausschuss für Lehrlingskretze beschäftigen. Der beklagte Meister wurde verurteilt, an den Kläger (Vater des Lehrlings) nachträglich die vertraglich vereinbarte Lehrlingsentschädigung für sechs Wochen in Höhe von insgesamt 54 M zu zahlen. Aus dem Tatbestand geht hervor, daß der Meister dem Lehrling eine Wochenvergütung einbehielt, weil der Lehrling beim Transport von Glas Malheur hatte und ein Teil zu Bruch ging, wie sich aber herausstellte, nicht durch Verschulden des Lehrlings, sondern weil die Scheiben nicht vorschriftsmäßig verpackt waren. Vom 25. Dezember 1927 bis zum 18. Januar 1928 erhielt der Lehrling überhaupt keine Entschädigung, weil, wie der Meister sagte, er sich für berechtigt gehalten habe, die Auszahlung der Wochenentschädigung abzulehnen, da der Kläger mangels Arbeit in dieser Zeit nicht beschäftigt gewesen sei. Der Ausschuss klärte aber den unwissenden Meister darüber auf, daß ein Lehrling seine Wochenentschädigung auch dann erhalten muß, wenn der Meister keine Arbeit für ihn herbeischaffen kann. Das Geld hat der Lehrling allerdings auch jetzt noch nicht erhalten, da beim Meister ein angeblicher Pfändungsverfug gemacht wurde. Hoffentlich überzeugen sich alle Arbeitgeber bald davon, daß sie nicht mehr völlig Herr im Hause sind und sich nicht einfach über Gesetz und Recht hinwegsetzen können.

**Eingelandt**

Wir stehen kurz vor der Urabstimmung über die Einführung der Invalidenunterstützung in unserm Verbands. Nach gründlicher Beschäftigung mit dieser Frage, will ich nun auch meine Gedanken darüber den Kollegen zur Kenntnis bringen. Noch bis vor einem Jahr war ich ein Gegner dieser Unterstützung; ich war, wie manche, der Meinung, daß es sich dabei um eine Angelegenheit handle, mit der sich die Gewerkschaften nicht zu befassen brauchen. Wenn damals die Rede von der Einführung der Invalidenunterstützung in den Verbänden war, gab ich immer jenen recht, die sagten, für die Invaliden mag der Staat in hinreichendem Maße sorgen, er ist dazu verpflichtet, nicht aber die Gewerkschaft. Erst durch ein besonderes Vorkommnis bin ich andern Sinnes geworden, deshalb will ich es den Kollegen nicht vorenthalten.

Mein ältester Bruder ist Buchdrucker. Solange ich mich erinnern kann, gehört er auch dem Buchdruckerverband als Mitglied an. Nun wurde er vor etwa drei Vierteljahren vom Unglück verfolgt. Erst wurde ihm seine Frau durch den Tod entzogen, so daß er, da noch zwei schulpflichtige Kinder vorhanden waren, eine Haushälterin annehmen mußte. Kurz darauf verunglückte er selbst im Betriebe, so daß er wohl dauernd invalide bleiben wird. Vor einigen Wochen besuchte ich ihn. Beim Gespräch zwischen uns kam denn auch die Rede auf seine finanziellen Verhältnisse. Ich wunderte mich sehr, daß er, trotzdem er keinen eigentlichen Verdienst mehr hatte, seinen früheren Haushalt in vollem Umfange aufrechterhielt. Nach wie vor beschäftigt er auch noch die Haushälterin, trotzdem er einen Teil der von ihr geleisteten Arbeiten wohl auch selbst hätte verrichten könne. Auf meine Frage, wie er imstande sei, so zu wirtschaften, erzählte er mir dann folgendes: „Erstens abertheile ich selbstverständlich die staatliche Invalidenunterstützung; denn da ich fast immer Arbeit hatte und auch einen guten Verdienst, habe ich recht viel und auch hohe Beiträge für die Invalidenunterstützung gezahlt, so daß ich jetzt aus ihr einen namhaften Betrag erhalte. Dann weißt Du ja, daß ich immer sehr sparsam war, so daß ich einige Notgeldchen auf der Sparkasse habe. Etwas haben wir ja auch noch von dem Geld geredet, das vor der Inflation dort war. Die Zinsen von diesem Geld kann ich mir verwenden. Meine Frau hat, auch das will ich Dir noch erzählen, stets alle Lebensmittel und Bedarfsartikel im Konsumverein gekauft. Die Prozente blieben aber in jedem Jahre stehen, so daß auch hier ein Notfonds angewachsen ist. Bei den hohen Zinsen, die es jetzt gibt, spielt auch dieser an sich geringe Posten für mich eine Rolle. Meine Versicherung in der Volksfürsorge wird mir in einigen Jahren übrigens auch noch etwas bringen. Aber nun kommt die Hauptsache. Besonders wertvoll ist nämlich die dauernde Unterstützung aus der Invalidenkasse unseres Verbandes für mich.“ Jetzt horchte ich auf. Ich bat meinen Bruder, mir doch davon näheres zu erzählen; denn auch unser Verbandsvorstand frage sich mit dem Gedanken, etwas Gleiches oder Ähnliches einzurichten. Das hat er dann auch gern getan. So erfuhr ich denn, daß der Buchdruckerverband diese Einrichtung schon einige Jahrzehnte lang hat. Er unterstütze jetzt schon 3 % seiner Mitgliedschaft mit Beträgen bis zu 2 M täglich. Als ich ihm daraufhin sagte, daß es einen so hohen Unterstützungssatz bei uns nicht geben solle, meinte er nur: „Aller Anfang ist schwer. Auch im Buchdruckerverband haben wir mit ganz bescheidenen Unterstufungen begonnen. Erst im Laufe der Zeit wurde diese Einrichtung ausgebaut. Wären nicht Krieg und Inflation gekommen, würden die Sätze sogar sicher noch höher sein können.“ Im übrigen empfahl er mir noch, die staatlichen Beiträge und Leistungen mit denen des Verbandes zu vergleichen, ich mußte dann doch zu der Ueberzeugung kommen, daß der Verband sehr viel bietet.

Die Ausführungen meines Bruders haben mich dann doch veranlaßt, etwas mehr über die Verhältnisse nachzudenken, und je mehr ich es tat, je mehr kam ich zu der Ueberzeugung, daß es sich doch wohl empfiehlt, daß auch wir in unserm Verband zu einer derartigen Einrichtung kommen. Gewiß, mir gefällt auch nicht alles an der von unserm Verbandsvorstand veröffentlichten Vorlage. Besonders erschienen mir die Sätze zu niedrig. Aber viel-

**FACHBLATT DER MALER**

**ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM**

**Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild, Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum**

**Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbige Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen**

**Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!**

leicht ist es möglich, diese, wie es auch bei den Buchdruckern geschehen ist, später zu erhöhen. Bemerken will ich aber hier, daß die Buchdrucker auch einen um 50 % höheren Beitrag für diesen Unterstützungszweig zahlen, als er von unserm Verbandsvorstand vorgelesen ist.

Nach der Aussprache mit meinem Bruder und nachdem ich mich davon überzeugt habe, wie außerordentlich segensreich eine derartige Einrichtung für die Kollegen sein kann, werde ich unbedingt für die Einführung der Invalidenunterstützung stimmen. Ich fordere auch alle Verbandskollegen auf, das gleiche zu tun; denn nach meiner Ueberzeugung dienen wir damit nicht nur unserm Verbands, sondern auch uns selbst am allerbesten. **Dr. Sch.**

**Bekanntmachung**

Nachdem durch Beschluß des Vorstandes und Ausschusses der Kollege Dolp in München zum Bezirksleiter des 7. Bezirks gewählt worden ist, muß für die Filiale München

**ein neuer Geschäftsführer**

angestellt werden. Für die Anstellung kommen nur Kollegen in Frage, die unserm Verband mindestens 5 Jahre angehört, rednerische, agitatorische, kassen- und verwaltungstechnische Fähigkeiten besitzen, mit allen Verbandsangelegenheiten aufs beste vertraut und in der Lage sind, die Filiale mit ihren Zahlstellen zu leiten.

Kollegen, die sich für diesen Posten geeignet halten, werden ersucht, in einem handschriftlich verfaßten Bewerbungsschreiben nähere Mitteilungen über ihren Lebenslauf und ihre bisherige Tätigkeit im Verbands zu machen, sowie einen kurzen Bericht über „Die Aufgaben eines angestellten Geschäftsführers“ zu geben.

Die Bewerbungen sind bis Montag, 17. Dezember 1928, bei unserm Bureau in München, Pestalozzistraße 40, 3. Stock, einzureichen. **Der Vorstand.**

**Fachliteratur**

**Illustrierter Maler-Kalender 1929.** Bearbeitet von J. Wenzel, 2 Teile, zusammen 4 M, Verlag Jüstel & Götzel in Leipzig C. 1. Der Leipziger Maler-Kalender ist soeben, gut und dauerhaft gebunden, im ersten Teil als Taschenbuch, im zweiten Teil für den Schreibtisch bestimmt, als Anhang gebietet erschienen. Die Ausstattung des Taschenbuches ist im Laufe der Jahre eine recht vielseitige geworden, die den notwendigen Ansprüchen im täglichen Berufsleben Rechnung trägt. Alles, was man schnell bei der Hand haben muß: Adressen, Kassennotizen, Termine, Maße und Gewichte, Portosätze, Berechnungstabellen, wichtige technische Notizen, Bezugsquellen usw., der Kalender gibt sofort Auskunft. Darin liegt der besondere Wert eines praktischen, empfehlenswerten Taschenkalenders. Daß auch dem Schreibbedarf wieder gedacht wurde, ist anerkennenswert. Der Anhang ist gleichfalls zeitentsprechend durchgearbeitet und bringt Tarifliches, Hilfsstabellen, Fach- und Materialkunde, Rezepte und Anweisungen aus der Schildermalerei, Vorbilder für die Praxis und im Anhang einen Fachschriften-Katalog.

**Maler-Lehrling, Nr. 11.** Die Herbststürme reizen unwillkürlich zu einer Betrachtung der Ereignisse im November 1918. So ist denn auch der Leitartikel: „Von der Monarchie zur Republik“ jenen denkwürdigen Tagen gewidmet. Auf das auf der ersten Seite veröffentlichte Gedicht mahnt zur Abkehr vom Alten und Ueberleben. Ein in die Anfänge handwerklicher Betätigung einführender Artikel, der illustriert ist, folgt. **H. Klemm, Dresden, und H. Lüffens, Lübeck,** nehmen Stellung zum Diskussionsartikel der Hamburger, wobei sich schon zeigt, daß die Ansichten über die erfolgreichste Art der Jugendarbeit nicht einseitig sind. Großes Interesse werden sicher wieder die „Fachkundlichen

Plaudereien“ finden, in denen diesmal über Möbellackierungen berichtet wird. Im Artikel „Von der freien Rede“ werden Fingerzeige gegeben, wie die Abteilungsabende zum Vorteil aller Teilnehmer ausgestaltet werden können. Es folgen dann einige kleinere Artikel: Berichte von einer Wanderung, von einer Konferenz der Jugendführer, von der Grundsteinlegung der ersten Bundeschule des ADGB bei Bernau usw. Eine sehr anschaulich geschriebene Schilderung über eine Wanderung im Böhmerwald von P. Bruse dient als Feuilleton. Mit den Berichten aus den Filialen und einige Buchbesprechungen schließt die durch Illustrationen und Hinweise belebte Nummer.

**Literarisches**

Das Protokoll des Hamburger Gewerkschaftskongresses ist soeben in der Verlagsgesellschaft m. b. H. des ADGB erschienen. Gewerkschaftsmitgliedern wird das gebundene Exemplar zum Vorzugspreise von 4,50 M und das broschürierte Exemplar für 3,75 M geliefert. Bestellungen sind bei der Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14, Inselstraße 6a, aufzugeben. Für jeden Verbandsfunktionär ist das Buch unentbehrlich, auch in jeder Filialbibliothek muß es vorhanden sein.

Von der bekannten Sammlung „Wie baue ich mir selbst?“ liegt der Doppelband 227/28 „Kleinautomobil (Cyclocar)“ mit zahlreichen Abbildungen und Plänen von Ing. Rüd. Hofmann vor. Der Verfasser des vorliegenden Bandes, ein bekannter Autofachmann, bringt eine genaue Anleitung zum Bau eines Motorwagens unter Verwendung gebrauchter Motorradteile, die ja überall preiswert zu haben sind. Wenn es heute dem weitläufigsten Teil unseres Volkes bisher noch nicht möglich war, im Auto zu fahren, so ist jetzt manchem die Möglichkeit gegeben, sich nach vorliegender Anleitung ein kleines Auto selbst zu bauen. Es besteht kein Zweifel, daß die Anleitung des Ganzen sehr verständlich wiedergegeben und die Ausführung und der Zusammenbau recht leicht vor Augen geführt wird. Der Preis beträgt für jedes Heft der Sammlung 80 H., Doppelnummern 1,60 M. Erschienen sind bis heute 231 Bände. Ausführliche illustrierte Verzeichnisse versendet der Verlag von Hermann Neher, Leipzig C 1 umsonst.

Neue Erzählungen von Jack London. Der neue Band der hervorragend ausgestatteten Jack London-Vollausgabe der Bicheralbe Gutenberg, pro Band 3 M, der unter dem Titel der ersten Erzählung „Der rote Wolf“ sechs Novellen Jack Londons umfaßt (erschienen im Universitäts-Verlag, Berlin, Volksausgabe in der Büchergilde Gutenberg, Berlin, nur für Mitglieder), zeigt den Meister der großen spannenden Romane auch als unübertrefflichen Erzähler kürzerer Geschichten, und gleich die Titelnovelle läßt in die bestklosterhafte Vertiefung von Dichtung und Wahrheit blicken, die das Geheimnis der großen Erfolge Jack Londons ist. Auf jeder Seite dieses Buches häufen sich Geschehnisse. Immer wieder tauchen neue Gestalten, neue Landschaften auf. Gewaltige Naturereignisse brechen herein, starke Persönlichkeiten greifen dem Schicksal in den Rücken, und der Rhythmus des ewigen Spiels vom Werden und Vergehen ist auch in der kleinsten Episode zu spüren.

**Hofmanns Erzählungen.** Gesammelte Erinnerungen aus sozialwissenschaftlicher Zeit. 200 Seiten. Gebunden 3 M und 30 S. Porto. Selbstverlag des Verfassers, Berlin D. 17, Koppensstraße 6. — Adolf Hoffmann gehört heute zu den Ältesten, aber seinen bekannten Humor hat er sich bewahrt. Man lese nur seine witzigen Erinnerungen in dem soeben herausgegebenen hübschen Buch, das sich zu einem passenden Weihnachtsgeschenk eignet.

**Empfehlenswerte Zeitungsblätter:** Nr. 278 und 279. **Karl Marx** und die Gewerkschaften. Aufsätze und Dokumente von Karl Marx. Herausgegeben und eingeleitet von Friedrich Hertel. 155 Seiten. — Nr. 265. **Edward David**, aus Deutschlands schwerster Zeit. Schriften und Reden aus den Jahren 1914 bis 1919. 90 Seiten. — Nr. 307. **Theodor Geiger**, Fahren und Folgen. 86 Seiten. — Nr. 298. **Richard Seidel**, Gewerkschaften und politische Parteien in Deutschland. 71 Seiten. — Nr. 323 und 324. **Jean-Jacques Rousseau**, Der Gesellschaftsvertrag oder Grundlagen des Staatsrechts. Ins Deutsche übertragen und eingeleitet von Fritz Noepke. 145 Seiten. Die Zeitungsblätter erwerben sich die Freundschaft weiter Kreise in zunehmendem Maße. Da sie durch die Wahl ihrer Veröffentlichung Verhütung mit jeder starken Strömung kulturellen und gesellschaftlichen Lebens suchen, finden sie immer mehr Eingang in alle Schichten des Publikums. Mit ihrer gefälligen Art im Inhalt wie im Aussehen werden sie dem verschiedenartigsten Geschmack und jedem speziellen Bedürfnis gerecht. Die Zahl der Bände, deren Inhalt der Geistesheld des Sozialismus und der Arbeiterbewegung entnommen ist oder auf Probleme unseres Interesseskreises eingeht, hat sich schnell vermehrt. Jetzt liegen mehrere Bände dieser Art vor. Jedes Bändchen kostet 65 H., Doppelnummern (Marx und Rousseau) 1,25 M. Den Vertrieb der Zeitungsblätter an Gewerkschaften hat die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6a, übernommen.

Vom 25. Nov. bis 1. Dez. ist die 48. Beitragswoche  
Vom 2. bis 8. Dezember ist die 49. Beitragswoche

**Sterbefaßel.**

**Breslau.** Am 14. November starb an Herzschwäche unser langjähriger Kollege, der Invalide **Max Kowatsch**. Er feierte erst vor kurzem seine 25jährige Verbandszugehörigkeit.

**Frankfurt a. d. O.** Am 9. November starb unser Mitglied, der Lackierer **Max Wikkich** an Lungentuberkulose im Alter von 29 Jahren.

**Mainz.** Am 13. November starb nach längerem Leiden unser altes treues Mitglied **Jakob Hennrich**, Lüncher zu Mainz-Brehenheim, im Alter von 67 Jahren. **Ehre ihrem Andenken!**

**Verlagsgesellschaft des ADGB**  
Berlin S 14, Inselstraße 6a

**Gewerkschaftskollege**  
steht dein Name schon in der Bestellliste für das Weihnachtbuch der Gewerkschaften

**Die Geschichte des deutschen Volkes**

War der Werber noch nicht bei dir, dann lasse dir heute noch vom Ortsausschuß des ADGB oder der Verwaltungsstelle deines Verbandes Auskunft und Werbematerial geben. Werber werden entschädigt.

**Abendkurse**

für neue Holz- und Warmmalereien erteilt, auch an Sonntagen.

**Friedrich Popp, Hamburg-Eppendorf.**  
Regelhoffstraße 27, 1. Etage.